

VORAN

Kein
Blut
für Öl!

Preis: 1,50 DM

Bestellungen über die Redaktion.

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschafte

Nr. 127 - 20. Januar 1991

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

Präsident Bush hatte es sehr eilig mit seinem Angriff auf Irak. Alles Gerade vom Streben nach einer friedlichen Lösung erwies sich als Heuchelei und pure Kosmetik für seine Kriegspläne. Kaltblütig riskieren die Kriegstreiber vom sicheren Schreibtisch aus zigtausende von Menschenleben und eine Katastrophe für die ganze Golfregion.

Rückendeckung gibt es von Gorbatschow und der sowjetischen Führung, die den Kriegstreiberkurs des Westens für ein paar Brokraturen unterstützen und selbst mit der Unterdrückung ihres Volkes beschäftigt sind. Die Kosten des Krieges tragen die Völker des Nahen Ostens - und wir. Denn Profite machen in diesem Krieg nur die Rüstungskonzerne, bezahlen darf die arbeitende Bevölkerung.

Gerade hier in der BRD gibt es eine starke Bewegung gegen den Krieg. Hunderttausende waren auf den Straßen. Aber viele sehen keine Alternative zum Krieg und stellen Fragen an die Kriegsgegner:

Klar haben wir im Westen Hussein aufgerüstet. Die entsprechenden Firmen sollten bestraft werden. Aber jetzt muß doch etwas gegen den Diktator getan werden!

Saddam Hussein wurden nicht nur chemische, biologische und andere Waffen verkauft, er war auch für die USA während des Krieges gegen Iran noch nicht „der neue Hitler“ (das war damals Khomeini), sondern eines ihrer nützlichen Werkzeuge. Giftgasmassenmord an den irakischen Kurden war kein Thema für die „Weltgemeinschaft“ und es gab keine Unterstützung für die von Saddam brutal verfolgte Opposition.

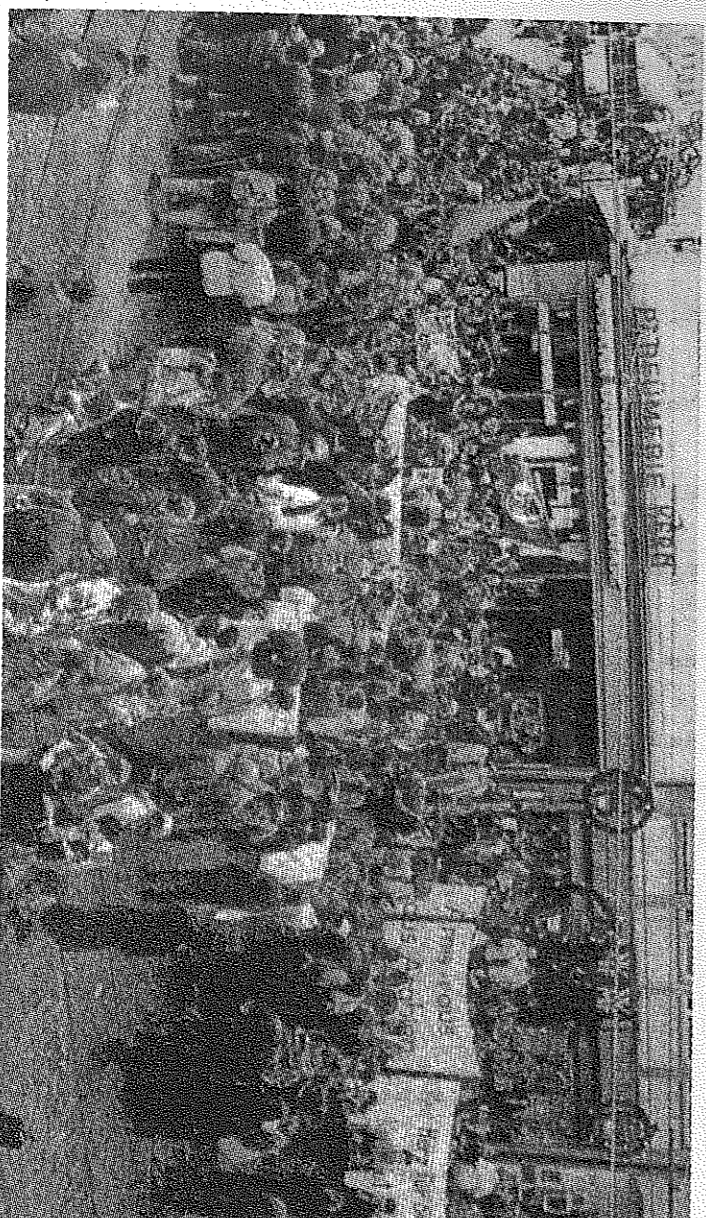
NATO, Multis Diktatoren - raus aus dem Golf!

terdrückung in Saudi-Arabien, Jordanien, Ägypten usw. Saddam konnte sogar denken, daß die USA seinen Überfall auf Kuwait ignorieren würden. Die amerikanische Botschafterin sagte zu ihm zwei Tage vorher: „Seitens der USA gibt es keine spezielle Haltung zu einem innerarabischen Konflikt wie Ihren Grenzstreitigkeiten mit Kuwait.“

Natürlich sind wir gegen den Einmarsch Iraks in Kuwait. Aber die USA betreiben pure Heuchelei unter dem Deckmantel der UNO. Ihnen geht es nur um die Absicherung wirtschaftlicher, politischer und strategischer Interessen. Dazu wollen sie militärische Vorrherrschaft über die ganze Region haben.

Aber wir brauchen doch das Öl und können nicht zulassen, daß Saddam Hussein sich die Ölreserven unter den Nagel reißt!

Es geht doch sowieso darum, daß die Abhängigkeit von Öl zur Energieerzeugung überwunden wird. Mehr Mittel müssen in die Erforschung von alternativen Energiequellen gesteckt werden. Dagegen stehen die Interessen der Öl-Multis. Sie waren und sind die Krisengewinner durch erhöhte Benzinpriese.



Hunderttausende nahmen an den Antikriegsdemonstrationen teil.

Seit Jahrzehnten sind die Palastherrscher unterdrückt. Israel hält das Westjordanland und den Gazastreifen besetzt. Dagegen gibt es zwar über 400 UNO-Resolutionen. Hier haben es die USA aber nicht eilig, sofort etwas zu tun und UN-Beschlüsse durchzusetzen. Genauso ignorieren sie Folter und Un-

Vor allem aber heißt billiges Öl niedrige Löhne für die Arbeiter in den Ölstäaten - und Reichtum für die Ölscheichs und Ölkonzerne. Der schreiende Gegensatz zwischen Arm und Reich ist die eigentliche Ursache für Krieg und Instabilität in der „3. Welt“.

Ich war ja eher für die Fortsetzung der

Wirtschaftsblockade und weitere Verhandlungen. Wenn aber die Amerikaner jetzt Saddam Hussein stürzen und entwaffnen, ist doch zumindest eine Gefahr für den Frieden beseitigt. Eine Nahost-Konferenz könnte dann doch auch das Palästinaer-Probleem lösen und Frieden in der Region schaffen.

Hilfe von Marionetendiktatoren wie Saddam Hussein zynische Machtpolitik betrieben. Eine ehemalige Marionette hat sich losgerissen und soll gestoppt werden. Wenn die USA Saddam unterstützen, dann gibt es anschließend nur eine neue Diktatur im Irak. Sie wollen eine neue, folgename Marionette und versuchen nicht einmal die Unterstützung des irakischen Volkes zu gewinnen. Demokratie und dauerhafter Frieden vertragen sich nicht mit der Aufrechterhaltung des Gegensatzes zwischen Reich und Arm. Aber genau darum geht es den USA. Es wäre nur eine Frage der Zeit, bis es zum nächsten Krieg in der Region kommt.

Auch eine Nahostkonferenz kann die grundlegenden Konflikte nicht lösen, sondern höchstens zu weiterem

Kuhhandel führen. Nur die arabischen Arbeiter und Bauern können für Frieden und demokratische Rechte sorgen - indem sie Saddams Diktatur und die Diktaturen der Region, auch die der CSIS, stützen und die Macht selbst in die Hände nehmen.

Dieser Kampf muß natürlich gegeng die nächsten Interessen der USA und der anderen kapitalistischen Staaten geführt werden. Wir müssen die arbeitende Bevölkerung in den arabischen Staaten im Kampf für Selbstbestimmung und demokratische Rechte unterstützen und für den Rückzug der NATO und UNO Truppen aus dem Golf eintreten, wenn wir etwas für dauerhaften Frieden tun wollen!

Ulf Petersen, Köln
Jungsozialist

VORAN jetzt 14tägig!

Wegen des Golfkriegs hat sich die Redaktion dazu entschlossen, VORAN ab der vorliegenden Ausgabe vorläufig etwa alle 14 Tage, mit 8 Seiten Umfang herauszugeben. Denn mit einer Monatszeitung würden wir in Anbetracht der Ereignisse und der Propaganda in den bürgerlichen Medien offnungslos hinterherhinken.

Die Einzel- und Abopreise ändern sich nicht. Da die häufigere Erscheinungsweise mit erheblichen Mehrkosten verbunden ist, ruhen wir alle Leser zu Spenden auf: schickt uns schnellstmöglich Eure Antikriegs-Spenden. VORAN-Sammelhefte sollen die Verkaufserlöse wirksam übertragen.

Wegen der kurzfristigen Entscheidung über die Umstellung auf 14tägig ist diese Ausgabe vielleicht thematisch nicht ganz so ausgegogen, wie Ihr es sonst gewohnt seid. Viele Beiträge wurden von Autoren am Redaktions-Standort Köln geschrieben. Wir sind jetzt mehr denn je darauf angewiesen, daß VORAN-Leser und -Autoren umfangreicher Berichte und Artikel einsenden, auch wenn wir nicht in jedem Fall den Abdruck garantieren können.

Helft mit, daß wir in diesen kritischen Wochen schnell und regelmäßig eine marxistische Anti-Kriegszeitung herausbringen können.

Statt Kommentar

Offener Brief an SPD-Vorstand und Bundestagsfraktion

Mit Empörung verfolgen wir die Politik von Parteivorstand und Bundestagsfraktion zum Golfkrieg. Nach Presseberichten hat die Mehrheit der Bundestagsfraktion in einem Entschlusungsantrag zur Golddebatte im Bundestag Ihre Unterstützung für alle Beschlüsse des Sicherheitsrats bekundet - beantwortet damit also letztlich einen militärischen Angriff auf den Irak.

Noch schlimmer: Ein Antrag der Genossinnen Wieceonek-Zeul, Scheer, Peter und anderen, den Abzug der Bundeswehr-Alphajets zu fordern, wurde mit 2/3-Mehrheit abgelehnt. Wie kommt Hans-Jochen Vogel dazu, zu behaupten, die Alpha-Jets seien „ein Punkt von untergeordneter Bedeutung“ oder sogar „eine absolute Nebensache, auf die man keine Energie verschenden sollte“?

Vielen Parteimitgliedern drängen sich Parallelen zu 1914 auf, als die SPD-Fraktion bis auf Karl Liebknecht den Kriegskrediten zugestimmt hat und Mitverantwortung für den 1. Weltkrieg auf sich lud.

Kein Widerstand der SPD-Führung

„Wir Sozialdemokraten, Frauen und Männer kämpfen für eine friedliche Welt und eine lebensfähige Natur für eine menschenwürdige, sozial gerechte Gesellschaft.“ So lautet der erste Satz der vor kurzem beschlossenen neuen Grundsatzprogramms. Wie läßt sich diese Position damit vereinbaren, dem mördertischen imperialistischen Raubzug gegen die arabische Welt keinen Widerstand entgegenzusetzen, der nach Schätzungen von Militärschätzungen allein Zehntausende von toten Soldaten bei den westlichen Armeen bedeutet und verheerende Auswirkungen für die Umwelt mit sich bringen wird. Nach Ausbruch des Golfkrieges fiel der Parteiführung nicht viel mehr ein als Gefühle der Ohnmacht zu äußern.

Zum Glück zeigte sich ein großer Teil der Mitgliedschaft nicht ohnmächtig und half mit: eine mächtige Antikriegsbewegung aufzubauen. Zehntausende Mitglieder beteiligten sich in diesen Tagen an Demonstrationen, Protestaktionen und -streiks. Wir fragen: Wo bleibt die Erklärung der Parteiführung, daß sie die Antikriegsbewegung unterstützt? Wo bleibt die Aufforderung an jedes Mitglied, aktiv zu werden gegen diesen imperialistischen Krieg? Wo bleibt die Aufklärung über die Hauptrolle von UNO, bürokratischer Presse und Bundesregierung? Wo bleibt die breite Diskussion in der Partei über ein Antikriegsprogramm? Manche Parteifunktionäre haben zurecht darauf hingewiesen, daß deutsche Firmen den Irak aufgestützt haben. Aber warum zielen sie nicht die Konsequenz daraus und fördern wie einige Gewerkschaftsführer die Enteignung der Rüstungsindustrie?

5000 Mitglieder sind allein im Januar diesen Jahres aus der Partei ausgetreten. Wenn die Parteiführung ihre Haltung zum Golfkrieg nicht revidiert, wird es weitere Austritte geben und die Demoralisierung in der Mitgliedschaft wird weitergehen.

SPD-Mobilmachung gegen den Krieg nötig

„Diesem System keinen Menschen und keine Mark.“ Diese alte Parole der SPD muß die politische Leitlinie sein.

Deshalb fordern wir von Parteivorstand und Bundestagsfraktion:

- Sofortige Zurücknahme des Fraktionsbeschlusses zur Unterstützung der UNO-Resolutionen.
- Keine Zustimmung zum Einsatz der Bundeswehr in diesem Krieg. Forderung nach Rückzug der Alpha-Jets aus der Türkei.
- Durchführung bzw. Initiierung von Versammlungen auf allen Ebenen der Partei bis hin zu einem Sonderparteitag, um über den Charakter des Krieges zu diskutieren, ein Antikriegsprogramm und eine Strategie gegen diesen Krieg auszuarbeiten.

Allen Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren, die sich weigern in diesen Krieg zu ziehen, muß jede politische, rechtliche und finanzielle Unterstützung gewährt werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion muß die parlamentarische Vertretung der Antikriegsbewegung sein. Der Bundestag muß von ihr als Tribüne für Antikriegspropaganda genutzt werden. Jeder politische und finanzielle Maßnahme, jedem Argument der Kohl-Regierung für Kriegsunterstützung und -beteiligung muß entschieden entgegengetreten werden.

- SPD-regierte Länder, Städte und Gemeinden müssen jede von Bundesregierung, Bundeswehr oder US-Armee geforderte kriegsunterstützende Maßnahme öffentlich bekannt machen und ihre Durchführung ablehnen.
- Auforderung an den DGB, einen einträglichen Generalsstreik zu organisieren und die Zusage, die Mitglied- und Wählerschaft dafür zu mobilisieren. Dieser Generalsstreik muß von der Bundesregierung verlangen alle finanziellen und sonstigen kriegsunterstützenden Maßnahmen sofort zurückzunehmen.

VORAN fordert alle SPD-Mitglieder, alle Untergliederungen der Partei, insbesondere die Jungsozialisten auf, in diesem Sinne in der Antikriegsbewegung aktiv zu werden und die Parteiführung unter Druck zu setzen.

VORAN

zur
sozialistischen
Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.,
verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öhringer

Redaktionsanschrift:
VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21 / 13 4504.

Druck:
Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.

Bankverbindung:
Postgiraamt Essen, BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.

Aktuelles

Regierungsbildung

Umverteilung geht weiter

Durch die internationalen Ereignisse, vor allem im Golf und der Sowjetunion, trat das wochenlange Theater um Positionen und Positionen der neuen Regierung ziemlich in den Hintergrund. Ziel war es, nach dem Aufblähen der Schulden von letzten Jahr 35 Milliarden DM in diesem Jahr einzusparen. Dabei blieb die Kohleregerung ihrer bisherigen Devise treu: Die arbeitende Bevölkerung soll zahlen, um den Reichen noch einen Extraprofit zu genehmigen.

20 Mrd. der einzusparenden 35 Mrd. DM gehen allein zu Lasten der Arbeiter. Diese 20 Milliarden DM sollen über die Erhöhung der Arbeitslosenversicherung abgedeckt werden. Selbständige und Großverdiener, die nicht in die Arbeitslosenversicherung einbezahlen, sind nicht betroffen. Dazu kommt die drastische Erhöhung der Telefongebühren. Und zwar für Ortsgespräche, d.h. auch das trifft wieder den einfachen Bürger, denn in Betrieben werden vorrangig Ferngespräche geführt.

Doch diese Fortführung der Politik der Umverteilung von unten nach oben reicht den Unternehmen noch nicht. So bezeichnete der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsstaes (DIHT), Hans Peter Schl, das Koalitionsspieler als "Flückwerk".

Privatisierungen

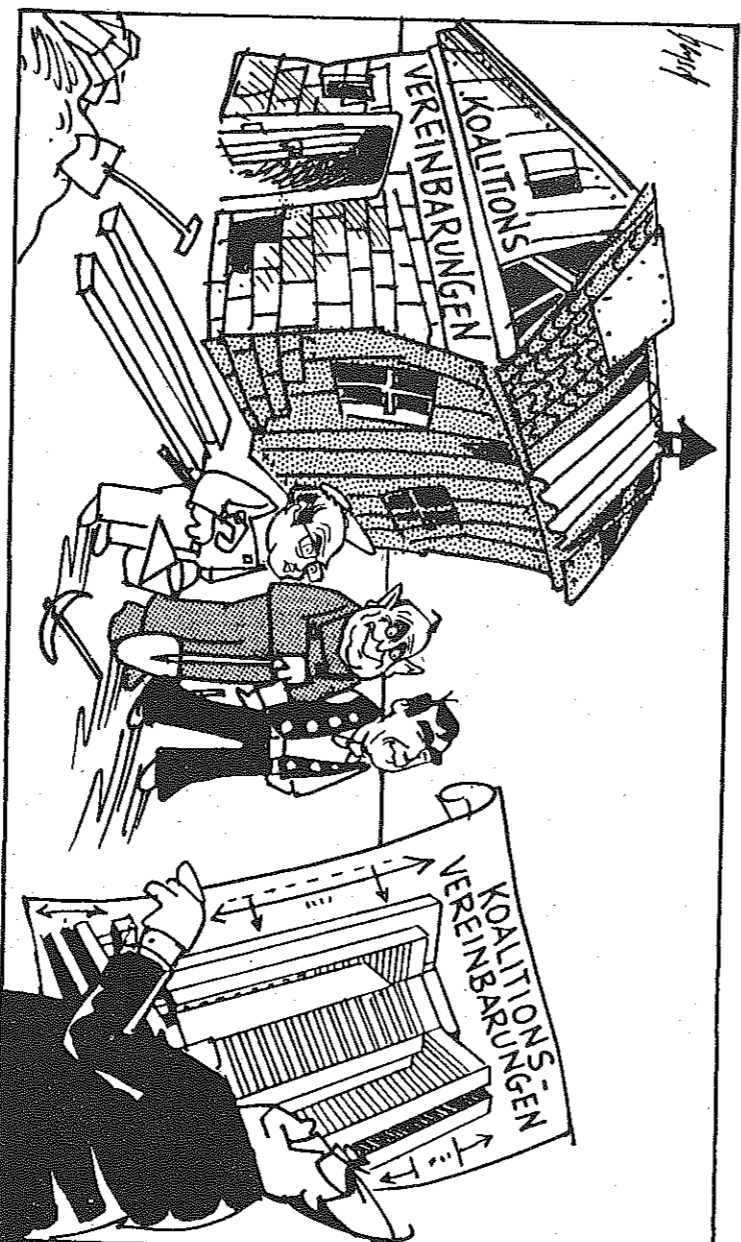
Thnen geht es um mehr. Sie wollen ein umfassendes wirtschaftspolitisches Konzept, das umfangreiche Privatisierungen, Abbau von Sozialleistungen und den weiteren Rückzug des Staates

aus der Wirtschaft umfasst.

Der Ausverkauf von staatlichem Eigentum wird von der Regierung auch in Angriff genommen. Zur Privatisierung vorgesehen sind bereits 7 Projekte, von Lufthansa bis Frankfurter Flughafen, darübenhinaus die Einzel-Betriebe der Treuhändanstalt. Zahlreiche Beteiligungen sollen ebenfalls abgestoßen werden.

Die Bundesregierung versucht auch, durch finanzpolitische Maßnahmen die politische Macht im geeinten Deutschland zu zentralisieren. Der Plan, in den "fünf neuen Bundesländern" keine Vermögens- und Gewerbesteuer einzuführen, ist ein Schritt zum Wegfall dieser Steuern auch in den westdeutschen Bundesländern. Damit werden die Einnahmemöglichkeiten vor allem der Kommunen beschränkt, die dann noch mehr am "goldenen Zylinder" des Staates hängen.

Auch die Berlinzulage soll abgebaut werden, was direkte Konsequenzen für die Beschäftigten haben könnte, da ihre Einkommen darüber mltigetragen wer-



Flammeninferno am Golf?

Es ist schon schlimm genug, daß der Krieg im Nahen Osten zahlreichen Soldaten und Zivilisten das Leben kosten wird. Was aber passiert, wenn die Ölfelder Kuwaits in Flammen ausgehen?

Experten aus aller Welt befürchten in diesem Fall eine Umweltkatastrophe unvorstellbaren Ausmaßes. Sollten die 850 Ölfelder in Kuwait in Brand geraten, werden die Brände nach Meinung der Wissenschaftler monate- oder gar jahrelang anhalten. Die entstehende Rauchwolke werde so gigantisch sein, daß mit extremen globalen Auswirkungen wie einer Vergiftung der Atmosphäre und der Beschädigung der Ozonschicht über dem indischen Subkontinent zu rechnen ist. Zudem werden riesige Mengen von Öl unkontrolliert in den Persischen Golf gelangen und somit die Meere verseuchen. Die in die Atmosphäre gelangende

den. Die Frage einer Erhöhung der Mineralsteuern ist nach wie vor nicht vom Tisch. "Keinen wird es schlechter gehen" war nur so lange Parole, wie es um Wahl-Prozentspunkte ging.

Mieterhöhungen im Osten

Trotz der immer noch niedrigeren Einkommen und hohen Arbeitslosenzahlen (600.000 plus 1,8 Millionen Kurzarbeiter, von denen allein 900.000 Nullstunden arbeiten), sollen nun ab Juni die Mieten im Osten erhöht werden. Und hier wird nicht gekleckert, sondern geklotzt: das drei- bis sechsfache ist erst einmal geplant.

Geklotzt wird auch beim Verteidigungshaushalt: trotz Einsparungen ist es der größte Kriegetat seit Bestehen der BRD.

Doch dies alles wird nur der Anfang sein. Die Regierung hat keine Strategie, wie die Risiken aufzuhalten sind, die sich durch die Vereinigung und die weltwirtschaftliche Lage ergeben. Der Weltmarkt schrumpft, die USA und andere Staaten stehen vor der Rezession, und schon vor dem Ausbruch des Golfkrieges ist die Nachfrage an Exportgütern zurückgegangen.

Vor diesem Hintergrund war das Gerangel bei den Koalitionsverhandlungen nicht einfach nur Pöschenschieberei. Diese Regierung wird trotz hohem Wahlsieg keine sehr stabile sein, insbesondere dann nicht, wenn Teile der Arbeitnehmer beginnen, sich gegen die ihnen aufgebürdeten Lasten zu wehren. Die Bergarbeiter haben es uns vorge-macht: durch ihre massiven Proteste konnten sie erfolgreich eine Kürzung ihrer Knappschaftspensionen verhindern. SPD und Gewerkschaften sollten dieses Beispiel aufgreifen und statt Bügelfrieden und Sozialpartnerschaft die Offensive gegen die Regierung der Reichen eröffnen.

Bruno Hof, Köln
Jungsozialist

Menge an Rauch würde mehr als eine Million Tonnen pro Monat betragen. Der Treibhauseffekt auf der Erdoberfläche wird sich dadurch drastisch verschärfen. Doch noch schlimmere Konsequenzen hätte dieses Umweltdesaster für die Golfregion selbst. Die schwarze Wolke über den arabischen Staaten wird die Sonneneinstrahlung so stark behindern, daß ein Temperatursturz auf der Erdoberfläche von bis zu 20 Grad Celsius nicht ausgeschlossen ist.

Im schlimmsten Fall, so befürchtet der britisch-Olexperte und Unterstützer der Anti-Kriegsbewegung in England John Cox, werde das Inferno zum Ausbleiben des Monsunregens führen. Dies würde Hunderten von Millionen Menschen in dieser Region die Lebensgrundlage zunichte machen.

Anderer Wissenschaftler sprachen davon, daß sich die Rauchwolke innerhalb weniger Wochen in der gesamten Atmosphäre verteilen werde, und dies Temperaturstürze auf dem gesamten Globus zur Folge hätte. Die riesigen Mengen an Giftstoffen (u.a. Kohlenmonoxid und Schwefeldioxid) zögen zusätzlich irreparable Schäden in den höheren Luftschichten nach sich.

Eine Verpestung der Meere durch Öl hätte kolossale Auswirkungen auf das Meeresleben im Nahen und Mittleren Osten, welches unwiederbringbar zerstört werden würde. Dem Fischhandel, der elementaren Grundlage der meisten Staaten dort, würde der Todesstoß versetzt.

In Anbetracht dieser drohenden Umweltkatastrophe sollen wir die Bevölkerung für dieses Thema sensibel machen, denn ein Flammeninferno wäre so schnell nicht wieder unter Kontrolle zu bekommen, zumal viele Quellen und Ölfelder dicht beieinander liegen. Ingo Neumann, Kassel, Jungsozialist

Golfkrieg

Islamischer Fundamentalismus Fundamentaler Sozialer Ausdruck Ausdruck Sozialer Konflikte

Viele Menschen in den westlichen Ländern sehen mit Befremden die pro-Saddam-Demonstrationen in arabischen Ländern und das Anwachsen des islamischen Fundamentalismus. Auch die westlichen Medien stellen alle Araber als wildgewordene Fundamentalisten dar.

Dabei gibt es keinen Grund für die Überheblichkeit des „christlichen Abendlandes“ gegenüber dem Islam. Man sehe sich nur Nordirland an oder denke an die Verbrennen, die im Namen von Christentum und Kirche im Mittelalter in Europa begangen wurden. Hinter Auseinandersetzungen unter religiösen Parolen stecken immer gesellschaftliche und soziale Ursachen. Man muß diese materiellen Ursachen und die äußere Ausdrucksform unterscheiden.

Ursachen

In den arabischen Ländern haben die Massen einen berechtigten Haß auf den westlichen Imperialismus, der seit über 100 Jahren ihre Region beherrscht, ausplündert und künstliche Staatsgrenzen gezogen hat. Die Wut richtet sich auch gegen die reichen Ösereiche und feudalen Monarchen, die mit dem Westen zusammenarbeiten und bei der Ausplünderung helfen, wobei sie einen großen Teil für sich selbst abzweigen, so daß der Gegensatz zwischen Arm und Reich immer schreiender wird. Dies sind die eigentlichen Ursachen der Konflikte.

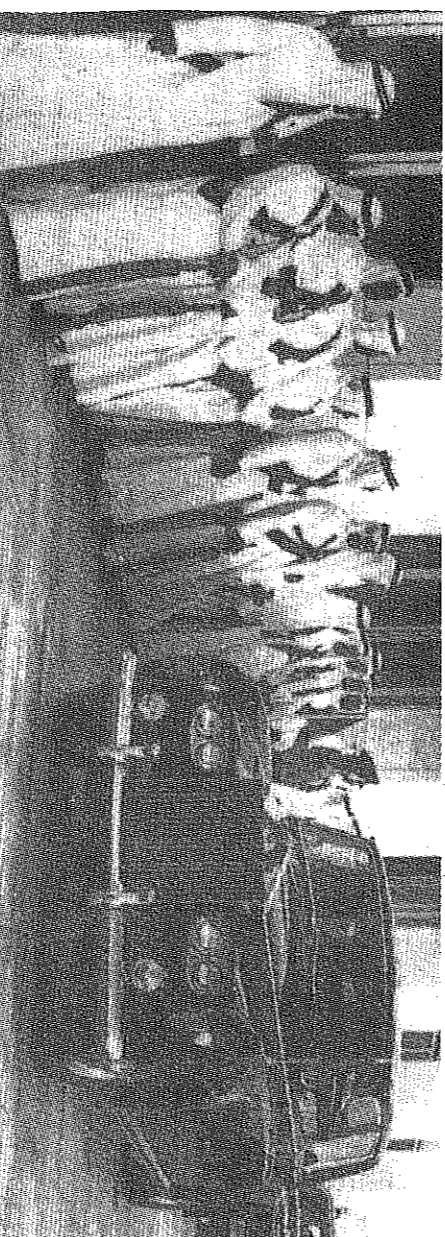
Diese Wut braucht einen Ausdruck. Wenn es keine politische Kraft, Partei, Gewerkschaft o.ä. gibt, die die Interessen

war, bot sie weder Programm für die Massen noch Führung, sondern stellte sich kritikal hinter Chomeini - so lange, bis er sich nach gewonnener Herrschaft ihrer entledigte, sie verbot, verfolgte und nahezu ausmerzte.

Ähnliche Beispiele liefen sich für den Irak, den Libanon und andere Staaten der Region nennen. In den arabischen Ländern hat vor allem der Stalinismus eine fatale Rolle gespielt; er versagte dabei, dem anti-imperialistischen Kampf eine sozialistische Stoßrichtung zu geben und ihn erfolgreich zuende zu führen. Dadurch wurde dem islamischen Fundamentalismus der Weg geebnet.

Er wird von den Müllahs und anderen Herrschern dazu benutzt, ihre Macht und Privilegien zu sichern, indem sie die Massen von den eigentlichen Ursachen ihrer Misere ablenken und in eine religiöse Sackgasse führen. Dies nutzt auch Saddam Hussein, der plötzlich zum „Heiligen Krieg“ aufrief, obwohl das Regime seiner Baath-Partei ausdrücklich weltlich ausgerichtet ist.

Der islamische Fundamentalismus ist natürlich kein Ausweg für die Massen des Nahen und Mittleren Ostens. Aber Kriegsgegner und Sozialisten im Westen müssen sich auch der überheblichen Propaganda entgegenstellen, die die vom Imperialismus geschaffenen Probleme damit unter den Tisch kehren will, daß sie uns, die Araber als einen Hauten religiöser Fanatiker präsentiert. Angela Bankert, Köln Jungsozialistin



Saudische Ösereiche vor ihren Statussymbolen: Die Wut der arabischen Massen richtet sich gegen die gemeinsame Ausplünderung der Region durch Ömonarchen und Imperialismus.

Unser Anti-Kriegsprogramm:

- * NATO- und UNO-Truppen raus aus dem Golf
- * Bundeswehr raus aus der Türkei. Kein Einsatz der Bundeswehr in diesem Krieg.
- * Sofortige Entregnung aller Rüstungskonzerne und Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion unter Kontrolle der Belegschaften und Gewerkschaften bei voller Arbeitsplatzgarantie.
- * Sofortige Entregnung aller Ölkonzerne und Kriegsgewinnler.
- * Die Anti-Kriegsbewegung zeigt, daß die Kriegspropaganda in den Medien nicht die öffentliche Meinung ist. Deshalb Schluß mit Zensur und psychologischer Kriegsvorbereitung in den Medien und Durchsetzung demokratischer Kontrolle über sie.
- * Schluß mit Wirtschaftssanktionen gegen das irakische Volk. Der Sturz von Saddam Hussein darf nicht zur Sache des Imperialismus werden, weil das nur eine neue von den USA gestützte Diktatur bedeuten würde - wie früher in Kuwait und heute in Saudi-Arabien.
- * Für den Sturz des Hussein-Regimes und aller anderen Diktaturen im arabischen Raum durch die eigenen Völker.
- * Schluß mit der Ausbeutung des Nahen Ostens durch die Müllahs und Ösereiche. Für eine Föderation demokratischer und sozialistischer Staaten des Nahen Ostens, die die Rechte aller Völker (einschließlich Kurden, Palästinenser und Israelis) garantiert.
- * Die SPD-Bundestagsfraktion muß die parlamentarische Vertretung der Anti-Kriegsbewegung sein. Der Bundestag muß von ihr als Tribüne für Anti-Kriegspropaganda genutzt werden. Jeder politischen und finanziellen Maßnahme, jedem Argument der Kohl-Regierung für Kriegsunterstützung und -beteiligung muß entschieden und eingetragene werden. Die SPD-Fraktion muß ihren Beschluß, die UNO-Resolutionen zu unterstützen, rückgängig machen. Ferner soll sie ihre Zustimmung über den Verbleib der in der Türkei stationierten Alpha-Jets zurücknehmen. Es darf in der Gesichtsicht 1914 (Tag der Zustimmung zu den Kriegskrediten) geben.
- * SPD-regierte Länder, Städte und Gemeinden müssen jede von Bundes-

Zensur und Blitzkrieg

Nur ausgesuchte amerikanische Journalisten sind vom US-Verteidigungsministerium an der Front zugelassen. In Frankreich und im „Mutterland der Demokratie“, Britannien, gelten umfangreiche Zensur-Bestimmungen. Aus Israel dürfen nur gefilterte Berichte gesendet werden. Die meisten Journalisten sitzen in irgendwelchen Hotels der Region und geben die „Informationen“ der Kriegstreiber weiter.

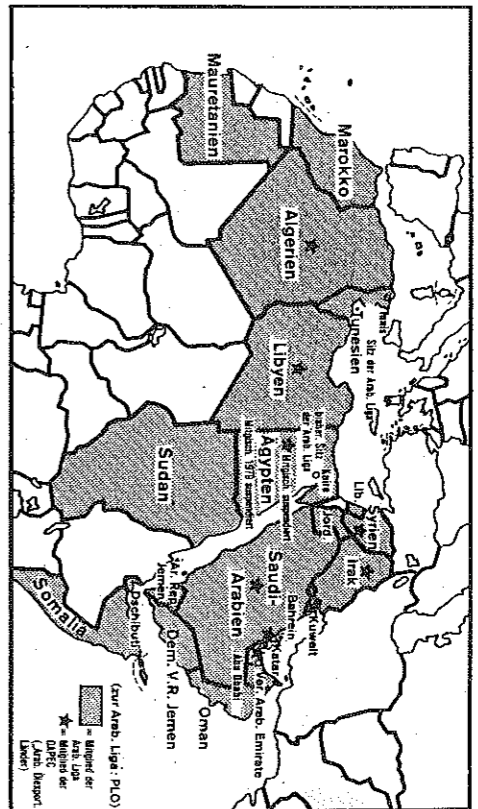
Einzelheiten über Kämpfe, Fehlschläge, Verluste, Leiden der Opfer sind tabu. Der Kriegsberichterstattung aus dem Golf können wir deshalb keinerlei Glaubens schenken.

Wir sollten uns darauf gefaßt machen, daß auch hier die Medien Schritt für Schritt „gleichgeschalteter“ werden, besonders was Berichte über die Anti-Kriegsbewegung angeht. Schon jetzt sind sie sehr lückenhaft und gehen zu nehmend dazu über, Kriegsgegner als Saddam-Freunde darzustellen und zu kriminalisieren.

Die Militärführung der sogenannten „Alliierten“ stellt das ganze bisher als rasche, präzise und überaus „erfolgreiche“ Operation dar, die kaum Opfer gekostet habe - weder unter der irakischen Zivilbevölkerung noch unter den Piloten. Man will die hiesige Bevölkerung einhüllen und die Vorstellung von einem Blitzkrieg verbreiten, der schnell beendet werden könne.

Wenngleich diese Möglichkeit nicht ganz ausgeschlossen werden kann, so ist sie doch extrem unwahrscheinlich. Letzteren geht es dem Imperialismus um die strategische Beherrschung der gesamten Region, um den Aufbau eines neuen Kräftegleichgewichts im Nahen und Mittleren Osten. Dazu reichen

- Krieg zu bestreiten, bzw. ihre Einsätze selbst kontrollieren und bestimmen.
- * Der DGB muß sofort alle spontanen Streiks und Protestaktionen gegen den Krieg in ganz Deutschland zusammenfassen und Massenversammlungen gegen die Kriegstreiber durchführen. Falls dies nicht ausreicht, den Krieg zu stoppen, müssen weitergehende Streiks organisiert werden.
- * Der europäische Gewerkschaftsdachverband muß aufgerufen werden, einen ganzseitigen europaweiten Generalstreik gegen den Krieg auszurufen.
- * Organisierung einer Kampagne zur gewerkschaftlichen Organisierung von Soldaten und ZDL und Durchsetzung folgender Rechte in Bundeswehr und Zivildienst:
 - uneingeschränkte Rede- und Versammlungsfreiheit;
 - das Recht, politisches Material der Anti-Kriegsbewegung in den Kasernen zu verteilen und zu diskutieren;
 - Recht auf Wahl von unabhängigen Interessensvertretungsorganen;
 - Streikrecht;
 - Recht auf Absetzung der Vorgesetzten;
 - Wahl der Vorgesetzten durch die Mannschaften;
 - Recht auf heimatnahe Stationierung.
- * Kriegsdienstverweigerer und Deserteure dürfen nicht verfolgt werden. SPD und DGB müssen jeden rechtlichen, politischen und finanziellen Schutz für sie zur Verfügung stellen. Gegen Straf- und Disziplinarverfahren innerhalb und außerhalb von Armee und Zivildienst muß sofort vorgegangen werden.
- * SPD und DGB müssen das Recht auf politische Kriegsdienstverweigerung durchsetzen. Wenn Einheiten der Bundeswehr, der US- oder anderer Besatzungstruppen in den Golf geschickt werden, müssen sie von SPD und DGB aufgefördert werden, diesen Befehl kollektiv zu verweigern und diese Befehlsverweigerung organisieren. Dafür müssen sie volle Rückendeckung der organisierten Arbeiterbewegung erhalten bis hin zu Solidaritätsstreiks. Für amerikanische Soldaten, die ihren Einsatz am Golf verweigern, muß Asylrecht mit Arbeitserlaubnis durchgesetzt werden. Es soll nicht zur Desertion aufgerufen werden, weil es kein wirksames Mittel zur Kriegsverhinderung ist. Auch wenn einzelne gehen, bleibt die Kriegsmaschinerie bestehen und läßt weiter. Nur durch die Kontrolle über Waffen und Arme kann ihr Einsatz am Golf verhindert werden. Diesem Krieg keinen Menschen und keine Markt



Hintergründe des Vietnamkrieges

Golfkrieg:

Ein zweites Vietnam?

Vietnam war die erste - und bisher einzige - militärische Niederlage der USA. Dies hatte enorme politische Auswirkungen in den USA wie auch international. Für rund ein Jahrzehnt war der Vietnam-Krieg, in den auf dem Höhepunkt 550.000 US-Soldaten verwickelt waren, eines der meistdiskutierten internationalen Themen. Ein Krieg am Golf ist der erste größere "Test" für die US-Armee, seit sie nach dem Vietnam-Desaster neu aufgebaut wurde.

Seit Beginn der Golfkrise wurde viel darüber spekuliert, ob die US-Regierung und -Armeeführung die „Lektion von Vietnam“ gelernt habe. Aber auch für die Anti-Golfkrieg-Bewegung ist es wichtig, die Ereignisse von damals, die Parallelen und Unterschiede zur heutigen Situation zu verstehen und die Lehren daraus zu ziehen. Der Autor dieses, aus dem Englischen übersetzten Beitrags, *Bob Labi*, ist Mitglied der britischen Labour Party seit 1966 und war seinerzeit Mitglied des Londoner Mobilisierungskomitees der Anti-Vietnamkriegs-Demonstrationen, das im Oktober 1968 über 100.000 Londoner auf die Straße brachte.

In Vietnam waren die USA trotz ihrer Macht und ihres Reichtums nicht fähig, ein Kolonialland zu besiegen. Seitdem ist die US-Militärspezialarmee bemüht, den „Alptraum Vietnam“ vergessen zu machen. Obwohl es beim Golfkrieg in erster Linie um die Kontrolle über die Ölvorrate geht, soll der Welt jedoch auch erneut die Macht des Weltpolizisten demonstriert werden.

Um die Unterstützung der Öffentlichkeit für ihre Golfpolitik zu erhalten, war die Propaganda-Kampagne der US-Regierung diesmal schon wesentlich subtiler und geschickter als beim Vietnam-Krieg. Sie wollen vermeiden, daß ihr Feldzug noch einmal durch den Verlust der Unterstützung zu Hause untergraben wird.

30 Jahre Unabhängigkeitskampf

Der Kampf der vietnamesischen Arbeiter und Bauern für Unabhängigkeit, gegen Großgrundbesitz und Kapitalismus dauerte über drei Jahrzehnte. Bis 1942 wurde ganz Indochina vom französischen Imperialismus regiert, danach „übernahmen“ die japanischen Imperialisten die Region. Während der japanischen Besatzungszeit setzte die Kommunistische Partei Vietnams einen Kampf für die Unabhängigkeit des Landes in Gang.

Die Niederlage, die Japan am Ende des zweiten Weltkriegs gegenüber dem US- und britischen Imperialismus einstecken mußte, gab der vietnamesischen KP die Möglichkeit zur Initiative, bevor der französische Imperialismus seine Kontrolle wieder aufbauen konnte. Am 2. September 1945 wurde unter Führung der KP die „Demokratische Republik Vietnam“ (DRV) ausgerufen. Dennoch erlitten die KP-Führer keine Einwände gegen die Landung von britischen, national-chinesischen und 1946 auch französischen Truppen auf vietnamesischem Gebiet. Sie verhandeln sogar mit den französischen Kolonialherren und unterzeichnen im März 1946 eine Erklärung, in der die französische Regierung ein freies (aber nicht unabhängiges) Vietnam anerkannte und die vietnamesische Regierung sich bereit erklärte, „die französischen Truppen freundlich zu empfangen“.

Diese Bereitschaft der vietnamesischen KP-Führung zur Zusammenarbeit mit den Imperialisten war keine Ausnahmerechnung. Stalin versuchte zu dieser Zeit, langfristige Überinkünfte mit den wichtigsten kapitalistischen Mächten zustande zu bringen und wies die kommunistischen Parteien weltweit an, mit ihren jeweiligen lokalen Kapitalisten oder Kolonialherrschern Abkommen zu schließen. Nach Ende des zweiten Weltkriegs gingen viele kommunistische Parteien Westeuropas dementsprechend in Koalitionsregierungen mit bürgerlichen Parteien. Im Rahmen dieser Politik wurde in Vietnam, aber z.B. auch in Griechenland, der Einmarsch imperialistischer Truppen zugelassen, was in beiden Fällen lange Bürgerkriege zur Folge hatte.

Der Kompromiß über die parallele Existenz der DRV (Demokratische Republik Vietnam) wie auch des französischen Kolonialregimes in Vietnam konnte nicht von langer Dauer sein. Während des ganzen Jahres 1946 spitzten sich die Spannungen zwischen beiden Regimes immer mehr zu. Am 23. November 1946 schließlich bombardierten die französischen Kriegsmarine den nordvietnamesischen Hafen Haiphong und tötete 6000 Menschen. Am 19. Dezember brachen die Kriegsergeben Auseinandersetzungen zwischen den französischen und vietnamesischen Truppen, den „Vietminh“, in voller Schärfe aus.

Stalinistische Politik

Zur damaligen Zeit, als der französische Imperialismus seine Herrschaft über Indo-China nach dem Krieg wiederherstellen wollte, war in Frankreich eine Koalitionsregierung aus kapitalistischen Parteien, der sozialistischen und der kommunistischen Partei im Amt. Aber als der französische Staat versuchte, die Erklärung vom März 1946 als Deckmantel zu nutzen, um die neue Vietnamische Republik zu zerstören, leisteten wieder die kommunistischen noch die sozialistischen Parteiführer Widerstand dagegen. Weil die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) Mitglied der Regierung war, die die Bombardierung von Haiphong anordnete, benannte sich die vietnamesische kommunistische Partei sogar eine Zeitlang in „Kommunistische Arbeiterpartei“ um. Die KPF aber blieb bis zu ihrem Rauswurf 1947 in der französischen Regierung, die den blühigen Krieg gegen Vietnam führte. Zwar enthielten sich die KP-Abgeordneten im französischen Parlament über die Abstimmung über die Kriegskredite im Mai 1947 der Stimme. Doch die Parteiführung wies die kommunistischen Minister an, im Kabinett für die Kredite zu stimmen, um ihre Teilnahme an der Regierungskoalition nicht zu gefährden.

Kapitalistische Regierungen versuchen im Kriegsfall immer, keine Opposition aufkommen zu lassen und dem „äußeren Feind“ ein Bild der inneren Geschlossenheit zu präsentieren. Durch ihren Verzicht auf Oppositionspolitik hat die KPF-Führung den französischen Imperialisten den Krieg gegen Vietnam enorm erleichtert. Selbst nachdem die KPF aus der Regierung geworfen worden war und danach eine oppositionelle Haltung gegen den Krieg einnahm, nutzten die Bürgerlichen in ihrer Propaganda weiterhin die Tatsache, daß die KPF den Krieg ursprünglich

unterstützt hatte.

Die Einheiten der DRV, die Vietnamh, konnten im Krieg gegen Frankreich ihre Basen halten und ausbauen, indem sie den Kampf um nationale Unabhängigkeit mit der Frage einer Bodenreform und anderer sozialer Reformen verbanden und z.B. in den von ihnen kontrollierten Gebieten Land an die Bauern verteilten. Die französischen Truppen blieben in den von ihnen kontrollierten Städten isoliert.

Die Teilung Vietnams

1954 wurde in Genf eine internationale Konferenz über Vietnam eröffnet, bei der China und Großbritannien eine Vermittlerrolle einnahmen. Am Ende dieser Konferenz akzeptierten die Vietnamh erneut einen Kompromiß, der die zeitweilige Teilung des Landes vorsah: Frankreich sicherte Vietnam die Unabhängigkeit zu, im Gegenzug verpflichteten sich die Vietnamh, ihre Truppen in den Norden des Landes zurückziehen (obwohl sie auch im Süden große Unterstützung hatten); vorübergehend sollten zwei Regierungen, im Norden um Süden Vietnam gebildet werden, um Wahlen für 1956 und die anschließende Wiedervereinigung vorzubereiten.

Schon bevor die Franzosen zum Einverständnis ihrer Niederlage gezwungen waren, erhielten sie Unterstützung durch die USA, um die Kolonialherrschaft aufrechtzuerhalten zu können. Nach Abzug der letzten französischen Truppen aus Vietnam traten die USA in deren Fußstapfen und bauten ein pro-kapitalistisches Marionetten-Regime im Süden auf, sie stoppten die Durch-

führung der Wahlen, die Vietnam eigentlich wieder vereinigen sollten. Mittlerweile konnte im Norden der Sturz von Großgrundbesitz und Kapitalismus vollendet werden. Das KP-geführte Regime festigte seine Herrschaft auf dieser Grundlage und führte davon ausgehend den Kampf gegen das Regime im Süden und die US-Intervention. Der nordvietnamesische Staat war kein sozialistisches Demokratie, sondern

US-Intervention

ein stalinistische Diktatur. Dennoch hatte er für die Massen in Süd-Vietnam eine gewisse Anziehungskraft im Vergleich zu der verrottenen, US-gesetzten Diktatur der Großgrundbesitzer und Kapitalisten im Süden.

Etwa ab 1957 trat der Vietnam-Krieg in seine zweite Phase, als der Vietcong (wie die Vietnamh-Linke im Süden sich jetzt nannte) den Kampf gegen die Truppen des südvietnamesischen Regimes aufnahm. Je schwächer das süd-vietnamesische Regime unter diesem Ansturm wurde, umso stärker engagierten sich die USA, besonders unter Präsident Kennedy. Bis 1961 kamen zahlreiche US-„Militärberater“ ins Land.

Anfang der 60er Jahre sahen sich die USA zur direkten Entsendung von Truppen gezwungen, um einen Sieg des Vietcong zu verhindern. Doch dazu mußte zunächst die Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit gewonnen werden. Um dies zu erreichen, wurde eine gezielte Falschmeldung lanciert: US-Schiffe seien im Golf von Tonkin von Nordvietnam unter Beschuß genommen worden. Auf Grund dieser Lüge verabschiedete der US-Kongress eine Resolution, die zu militärischen Aktionen gegen Nordvietnam ermächtigte.

1965 wurde Nordvietnam systematisch von der US-Luftwaffe bombardiert und im Mai 1965 die ersten Bodentruppen entsandt, die schnell auf 400.000 Mann aufgestockt wurden. US-Präsident Johnson (Demokratische Partei) verkündete: „Jetzt herrscht wirklich Krieg“.

Die zersetzenden Auswirkungen des Vietnamkrieges auf die US-Armee waren so tief, daß die Militärführung nach Kriegsende dazu überging, die Wehrpflichtigen-Armee aufzulösen und auf ihren Trümmern eine neue Berufsarmee aufzubauen.

Mitte bis Ende der 60er Jahre unternahm die USA entschlossene militärische Anstrengungen, um die Einheiten des Vietcong und der nordvietnamesischen Armee (NVA), die sich in die Kämpfe eingeschaltet hatten, zu zerstören. Doch die sogenannte „Tet-Offensive“ des Vietcong und der NVA im Januar 1968 zeigte, daß der Widerstand ungebrochen war. Und das war nicht verwunderlich. Die US-Truppen standen für die Fortsetzung der ausländischen Beherrschung des Landes, für die Unterstützung einer Militärdiktatur (zu dieser Zeit unter den Generälen Ky und Thieu), für den Schutz der Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Demgegenüber kämpften Vietcong und NVA für die nationale Unabhängigkeit des Landes, für die Verteilung des Landes an die Bauern, für den Sturz der Kapitalisten, für soziale Reformen und bessere Lebensbedingungen.

Anti-Kriegsstimmung

Obwohl die „Tet-Offensive“ nach vielen erbitterten Kämpfen zurückgeschlagen werden konnte, begann vielen - besonders den amerikanischen Soldaten - zu dämmern, daß dieser Krieg für die USA nicht zu gewinnen war. Anfangs unterstützte die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung die US-Intervention als Teil des „notwendigen Kampfes für Demokratie und gegen Kommunismus“. Aber die tatsächliche

Kriegserfahrung trug schnell zum Abbrockeln dieser Unterstützung bei.

Mit der steigenden Zahl amerikanischer Kriegsoptionen wuchs auch die Anti-Krieg-Opinion in den USA. Die Bewegung begann vor allem unter Studenten, breitete sich aber schnell aus. In vielerlei Hinsicht erreichte sie ihren Höhepunkt mit dem sogenannten „Moratorium“ am Mittwoch, dem 15. Oktober 1969, als sich 36 Millionen Menschen an einem Anti-Kriegs-Aktionstag in nahezu jedem Winkel der USA beteiligten. In gewisser Weise war dies ein Massentreck gegen den Krieg. Über eine Million nahmen an Demonstrationen teil, und in Vietnam trugen viele amerikanische Soldaten an diesem Tag schwarze Armbinden zum Zeichen ihrer Solidarität.

Bezeichnenderweise wurde dieser Aktionstag von der „Alliance for Labour“ (Arbeiterbundnis) unterstützt, einem kurzfristigen Zusammenschluß verschiedener Gewerkschaften (Automobil-, Transport-, Chemie- und andere Gewerkschaften). Zwar hatte die Mehrheit der Arbeiter den Krieg zu Beginn unterstützt, in einigen Städten wurden Mitte der 60er Jahre sogar Anti-Krieg-Demonstrationen von Bauarbeitern verprügelt. Aber die Stimmung unter den Arbeitern war umgeschlagen, je länger der Krieg andauerte und je mehr Opfer er kostete. Deshalb bedeutete die Unterstützung der „Alliance for Labour“ für den Aktionstag einen wichtigen Schritt nach vorn.

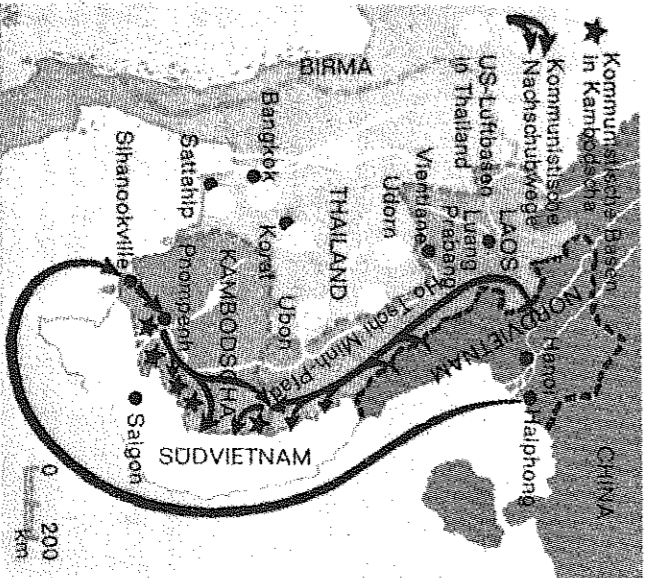
International betrachtet war es aber eine der Hauptschwächen der vor allem von Studenten und Mittelschichten getragenen Anti-Kriegsbewegung, daß sie sich nicht auf die Arbeiterbewegung orientierte. Sie versuchten nicht ernsthaft, unter den Arbeitern für eine Unterstützung von Klassenaktionen gegen den Krieg zu werben, z.B. für gewerkschaftliche Streik- und Boykottmaßnahmen gegen Waffenexporte und Nachschublieferungen an die Armee.

Demoralisierung der Armee

Schon ein Jahr vor dem Moratorium-Aktionstag war die Stimmung gegen den Krieg so stark, daß Präsident Johnson sich gezwungen sah, auf eine ernannte Kandidatur bei den Präsidentenwahlen 1968 zu verzichten. Der republikanische Kandidat Richard Nixon gewann diese Wahl mit dem Versprechen, „den Krieg zu beenden“. Er erkannte, daß Johnsons Administration durch die wachsende Kriegsopposition im Land untergraben worden war. Kurz vor dem Moratorium-Aktionstag im September 1969, kündigte er eine neue Politik der „Vietnamisierung“ des Konflikts an, die darauf hinauslief, nur noch finanzielle Unterstützung für den Kampf der südvietnamesischen Regierungstruppen zu leisten.

Hintergrund dieser neuen Politik war auch die zunehmende Demoralisierung unter den in Vietnam stationierten amerikanischen Einheiten. Immer mehr Soldaten bezweifelten den Sinn dieses Kriegs, der ihnen nichts bedeutete und der nicht zu gewinnen war. Immer mehr amerikanischen Jugendlichen verließen die USA, um der Einberufung zur Armee zu entkommen, auch die Zahl der Deserteure stieg. Obwohl die Zahl der Deserteure stieg, gelang die US-Militärführung immer weniger Soldaten für den „Nachschub“ hatte, war dies doch ein deutliches Symptom für den wachsenden Unmut der US-Jugend gegenüber dem Krieg.

Aus Sicht der Generäle noch alarmierender war die um sich greifende Stimmung von Demoralisierung und Rebellion bei den US-Einheiten in Vietnam selbst, die sich nach der „Tet-Offensive“ und sinnlosen Schlachten mit hohen Verlusten noch verstärkte. Dro-





Internationales

Sowjetunion

Am Vorabend der Diktatur?

Das militärische Vorgehen der sowjetischen Führung gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen der Balken hat im Westen ein weitaus schwächeres Echo hervorgerufen als Sadams Einmarsch in Kuwait. Kein Wunder. Brauchen diese bodenlosen Heuchler doch die Unterstützung Gorbatschows für den Golfkrieg, um ihn als Feldzug „der ganzen Weltgemeinschaft“ gegen einen brutalen Diktator darzustellen. Die Bruttataten der „Bündnispartner“ gegen ihre eigene Bevölkerung werden dabei in Kauf genommen.

Genau aus diesem Grund haben sich die sowjetischen Militärs und Friedensnobelpreisträger Gorbatschow den Zeitpunkt wenige Tage vor Ablauf des Ultimatum an Saddam ausgedacht, um gegen Litauen loszuschlagen.

Derzeit treibt die Sowjetunion dringend vor sich das Chaos und Diktatur. Gorbatschow hat zwar mehr Machtbefugnisse als seinerzeit selbst Stalin. Doch die Frage ist, wieviele davon nur auf dem Papier stehen.

Perestrojka gescheitert

Diese Entwicklung war für Marxisten von Anfang an absehbar. Als 1986 die Umrisse des Perestrojka-Kurses erkennbar wurden, schrieben wir: „Die Politik Gorbatschows ist ein verzweifelter Versuch, eine politische Revolution zu verhindern. In Wirklichkeit wird seine Politik genau das Gegenteil bewirken. Die Opposition im Land wird wachsen und große soziale Explosionen stehen bevor... Die Ära Gorbatschows wird die instabilerste Periode in der Sowjetunion sein... Gorbatschows Versuche, die politischen Machtverhältnisse zu stabilisieren, sind zum Scheitern verurteilt. Die Bürokratie kann die Gesellschaft nicht mehr weiterentwickeln. Sie selbst ist das Hindernis für den Fortschritt, denkt jedoch nicht daran, ihre Position freiwillig zu räumen.“ (VORAN Nr. 85, 9/86)

Die Krise der Sowjetunion ist eine Krise des bürokratischen Systems. Durch die geplante Wirtschaft konnten sich die SU zwar von einem rückständigen, halbfeudalen Land zu einer Industrie-gesellschaft und Weltmacht entwickeln. Doch ab einer bestimmten Stufe führten die bürokratischen Kommandomethoden zu Stagnation und Rückgang. Die stalinistische Bürokratie war von einem relativen zu einem absoluten Hindernis für die weitere Entwicklung geworden.

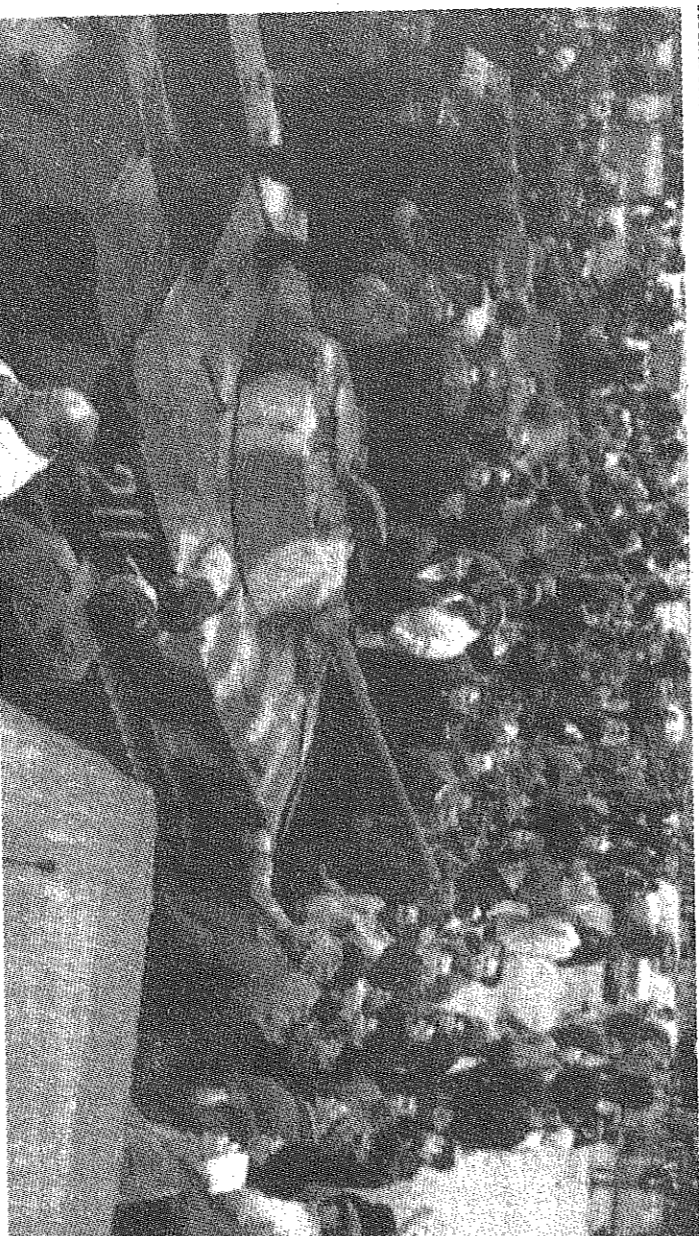
Die Wendte zu Perestrojka, d.h. zu marktwirtschaftlichen Maßnahmen,

verschlimmerte die Lage noch weiter. Auch dies war absehbar, hatten doch andere osteuropäische Länder wie Ungarn oder Jugoslawien diese Mittel schon vorher erfolglos ausprobiert. Statt der „goldenen Mittelweg“ zu sein, wurden mit Perestrojka nur die Übel beider Systeme – stalinistischer Apparat und kapitalistische Anarchie – miteinander kombiniert.

Unlösbares Dilemma

Heute steht Gorbatschow vor einem unlösbaren Dilemma: einerseits gibt es noch immer die Strukturen der Kommando-Wirtschaft – aber beinahe ohne Kommando. Dezentralisierung und marktwirtschaftliche Öffnungen haben den zentralen Plan untergraben. Was es früher z.B. möglich, Arbeiter und Jugendliche zur Erntearbeit abzukommandieren, so verweigern heute Fabrikdirektoren wie Arbeiter solche Einsätze. Die SU ist hochgradig arbeitsteilig organisiert. Manchmal befehlet eine Stadt oder gar nur ein Kombinat das ganze Land mit einem bestimmten Produktionsgut. Die Nationalitätenkonflikte zerreißen diese wirtschaftlichen Zusammenhänge.

Andererseits ist aber auch die Entwicklung hin zu einer prosperierenden Marktwirtschaft versperrt. Einführung des Kapitalismus und Integration in den Weltmarkt bedeuten Massenarbeitslosigkeit, Inflation und weitere Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung.



Sowjetische Panzer in Litauens Hauptstadt Vilnius dokumentieren auf brutale Weise das Scheitern der Politik Gorbatschows.

Türkei

„Özal ist ein Knecht der USA“

„Der Dicke im Präsidentenpalais ist ein Knecht der USA“ tiefen die Arbeiter einer Automobilfabrik in Istanbul bei einer Protestkundgebung der sozialdemokratischen Partei gegen den Krieg. Hunderttausende streikten und demonstrierten in diesen Wochen in der Türkei gegen den Krieg, die Zusammenarbeit von Özal mit den USA und die Einbeziehung des US-Luftwaffenstützpunktes Incirlik in die Angriffe auf Irak.

Schon im Dezember traten 45.000 Bergarbeiter in der Stadt Zonguldak in einen unbegrenzten Streik für Lohnerhöhungen, gegen Privatisierungen und Schließungen der Gruben. Dies kennzeichnete eine neue Aufbruchsstimmung der türkischen Arbeiterklasse, die in den 10 Jahren seit dem Militär-coup 1980 rund 50% ihres Lebensstandards einbüßte.

In Anbetracht der Golfkrise weitete sich der Streik der Bergarbeiter von Zonguldak schnell von ökonomischen

zu politischen Forderungen aus und zog auch auf andere Schichten mit sich. Am 3. Januar gab es einen zu fast 100% befolgten Generalstreik – ein historisches Datum in der Geschichte der Türkei.

Die Regierung versucht einen harten Kurs durchzusetzen, um ihre Macht zu erhalten. So werden Streiks und Demonstrationen für illegal erklärt und mit Militär gegen Streikende und Demonstranten vorgegangen. Selbst eine sechzehnjährige Schülerin, Nemrin Alkan, verbrachte Wochen hinter Gittern, weil sie ein „Nein zum Krieg“-Plakat in der Schule aufgehängt hatte. Sie ist mittlerweile zur Heldin der Antikriegsbewegung geworden.

Die deutsche Bundesregierung hat 18 Alpha-Jets in die Türkei geschickt, weil Özal um Bestand gegen fast der gesamten irakischen Bevölkerung gebeten hatte. Doch er scheint den Irak zu bevorzugen zu sein. Die überwältigende Mehrheit der türkischen Bevölkerung ist gegen die Einbeziehung der Türkei

verschlimmerte die Lage noch weiter.

Auch dies war absehbar, hatten doch andere osteuropäische Länder wie Ungarn oder Jugoslawien diese Mittel schon vorher erfolglos ausprobiert. Statt der „goldenen Mittelweg“ zu sein, wurden mit Perestrojka nur die Übel beider Systeme – stalinistischer Apparat und kapitalistische Anarchie – miteinander kombiniert.

Unlösbares Dilemma

Heute steht Gorbatschow vor einem unlösbaren Dilemma: einerseits gibt es noch immer die Strukturen der Kommando-Wirtschaft – aber beinahe ohne Kommando. Dezentralisierung und marktwirtschaftliche Öffnungen haben den zentralen Plan untergraben. Was es früher z.B. möglich, Arbeiter und Jugendliche zur Erntearbeit abzukommandieren, so verweigern heute Fabrikdirektoren wie Arbeiter solche Einsätze. Die SU ist hochgradig arbeitsteilig organisiert. Manchmal befehlet eine Stadt oder gar nur ein Kombinat das ganze Land mit einem bestimmten Produktionsgut. Die Nationalitätenkonflikte zerreißen diese wirtschaftlichen Zusammenhänge.

Andererseits ist aber auch die Entwicklung hin zu einer prosperierenden Marktwirtschaft versperrt. Einführung des Kapitalismus und Integration in den Weltmarkt bedeuten Massenarbeitslosigkeit, Inflation und weitere Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung.



Protestaktion lettischer Demonstranten in Riga: Ein Aufschrei des Westens blieb weitgehend aus.

ren stark angewachsener Teil der Bürokratie hofft auf die Wünder der Marktwirtschaft und will sich in eine neue kapitalistische Elite verwandeln. Ein anderer Teil will zurück zu den alten stalinistischen Herrschaftsformen. Der Zick-Zack-Kurs Gorbatschows in den letzten Monaten und Wochen – mal Richtung schnelle Einführung der Marktwirtschaft, jetzt wieder Richtung stalinistische Diktatur – widerspiegelt diese Tendenzen.

Kapitalistische oder stalinistische Diktatur

Allerdings wird auch die weitere Einführung der Marktwirtschaft nur mit diktatorischen Maßnahmen möglich sein, denn dies würde weitere Angriffe auf den Lebensstandard der Masse der Bevölkerung bedeuten. Das wissen auch die sogenannten „Radikalförmer“ und „Demokraten“. So verlangte

Internationale Notizen

Kindermorde in Brasilien

Der brasilianische Minister für Gesundheit und Kinder, Alcega Guerra, warf den Unternehmen von Rio und anderen Städten auf einer Pressekonferenz im Januar vor, zusammen mit der Militär- und Zivilpolizei die Ermordung hunderter sogenannten Straßenkinder organisiert zu haben. Viele Kinder seien mit großkalibrigen Waffen getötet worden, an die nur Angehörige öffentlicher Institutionen herankommen.

Auf diese Anschuldigung reagierte der Vorsitzende des Clubs der Unternehmer von Rio, Silvio Cunha, mit folgenden Worten: „Wer ein Straßenkind tötet, tut der Gesellschaft einen Gefallen.“ Sie seien kleine Kriminelle, behndeten den Handel und verschreckten die Touristen. Cunha weiter: „Dies sind keine Kinder. Kinder sind die, die bei uns im Haus leben.“ (faz, 15.1.91)

Schüleraufuhr in Griechenland

Wochenlang waren in Griechenland die Schulen und z.T. die Unibesetzt. Schüler und Studenten protestierten damit gegen die reaktionäre Bildungspolitik der konservativen Regierung, die von der Nea Demokratia (ND) gestellt wird, und erzwingen den Rücktritt des Erz-

z.B. der diesem Lager zugehörige Bürgermeister von Lemngrad, Anatoli Sobchak, die Beschleunigung der Reformen mit halbdiktatorischen Maßnahmen.

Wenn die stalinistischen Hardliner jetzt – mit oder ohne Gorbatschow an der Spitze – wieder das Ruder übernehmen, dann könnte die Straffung und

Zentralisierung zur vorübergehenden Verbesserung der Versorgungslage führen. Der Apparat würde auch versuchen, sich auf den Unmut der Bevölkerung über private Spekulationen und Profiteure zu stützen. Doch schon nach kurzer Zeit würden die wirtschaftlichen Probleme und Nationalitätenkonflikte noch schärfer wieder auftreten. Unter diesen Umständen könnte selbst ein erneutes stalinistisches Regime sich mehr der Marktwirtschaft zuwenden, wie wir es z.B. jetzt in Rumänien sehen. Aber auch dies wäre keine Lösung.

Die einzige Lösung liegt im Sturz der herrschenden Elite durch die arbeitende Bevölkerung und in der Bildung einer freiwilligen Föderation sozialistischer Arbeitendemokraten. Sonst versinkt die SU in Diktatur, Chaos und Bürgerkriegen.

Angela Bankert Köln
Jungsozialistin

hungsministers. Bei einer Schulbesetzung in der Stadt Patna kam es zu Auseinandersetzungen der Schüler mit jugendlichen Schlägerbanden, die nach allgemeinen Vermutungen der NID nahestanden. Dabei wurde ein Lehrer von ihnen getötet. 60.000 Schüler zogen daraufhin in einem Protestmarsch an mehreren Tagen durch die Athener Innenstadt. Ein Teil von ihnen lieferte sich Schlächereien mit der Polizei.

Bombenstimmung

Guten Mutes sind die Börsenspekulanten und Kriegsgewinnler. Die Aktienkurse schwellen an den internationalen Börsen nach Kriegsausbruch sprunghaft nach oben. Viele Börsenplätze verzeichnen neue Tagesrekorde. „Wenn die Kanonen donnern, muß man kaufen“ zitierten Börsianer die makabren Sprüche des alten Bankiers Rothschild.

Lenin hoch im Kurs

Einer Umfrage der sowjetischen Akademie der Wissenschaften und einem unabhängigen Forschungsinstitut zufolge, die am 3.1. in der „Pravda“ veröffentlicht wurden, stieg der Name Lenins bei 59,1% der Befragten auf eine „positive Einschätzung“ und löste nur bei 10,3% negative Gefühle aus. 56,7% der Befragten befürworteten den Sozialismus, 7% den Kapitalismus und 7,7% einen Staatskommunismus.

Jugend gegen den Krieg

„Schickt die Politiker in die Wüste“

In den letzten Wochen gab es die größten Demos und Protestaktionen seit Jahren, die vor allem von Jugendlichen getragen wurden. Am 12. Januar drei Tage vor Ablauf des Ultimatum, marschierten 350.000 Menschen durch 120 Städte Deutschlands. Auch in anderen Ländern formierten sich an diesem Tag große Protestzüge.

In den folgenden Tagen nahmen 100.000 Berliner an einem Marsch zum Gedanken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht teil; 700 Demonstrationen drangen anlässlich der Sonder Sitzung des Bundestages in die Bannmeile ein; die Polizeigewerkschaft NRW rief zu einer fünfminütigen Arbeitsniederlegung auf; in Düsseldorf, Bielefeld und Aachen protestierten 70.000 Arbeitnehmer vor Arbeitsbeginn, und in Hamburg hielten die Fahrer von 80 U-Bahn-Zügen und mehreren hundert Bussen für fünf Minuten an.

Verschiedene Gewerkschaften in Frankreich, Italien und Deutschland riefen zu kürzeren Arbeitsniederlegungen auf. Die spanische Schüler- und Studenten

tengewerkschaft SE rief zu einem mehrtägigen Schüler- und Studentenstreik auf, der von 100% der staatlichen Schulen und 70% der Unis befolgt wurde. Als Bush Bagdad bombardieren ließ gingen Hunderttausende spontan oder organisiert auf die Straßen. Allein in Berlin waren es am Abend des 17.1. rund 150.000, nachdem tagsüber schon 20.000 Schüler den Ku'damm blockiert hatten.

Kassel

Am Tag des Ablaufs des Ultimatum demonstrierten 20.000 in Kassel, das sind 10% der gesamten Bevölkerung! Der erste Sprecher, Dirk Seitz, forderte anti-Marxist und Mitglied des Kasseler Antikriegs-Komitees den Rückzug der NATO und UNO-Truppen aus dem Golf. Er bekam ebenfalls stürmischen Applaus für die Forderung nach Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umwandlung der Produktion unter der Kontrolle von Belegschaft und Gewerkschaft.

Stuttgart

Am 17. Januar streikten Kassels Schüler. Über 10.000 folgten dem Aufruf des Anti-Kriegs-Komitees zu einer Kundgebung vor dem Rathaus. Die Betonung der Redner lag darauf, mit den Arbeitern gemeinsam zu protestieren,



wohl zu mehreren tausend Arbeitern und Schülern in der Innenstadt als auch vor 1500 VW-Arbeitern. Die Forderungen: „Keine deutschen Soldaten an den Golf“ und „Alpha-Jets raus aus der Türkei“ bekamen beide Male stürmischen Beifall.

Aachen

Bei einer Veranstaltung der Jusos in Aachen mit den SPD und DGB-Vorsitzenden kann der Vorschlag, eine Initiative mit allen Kriegsgegnern nach der Demo am 14. 1. zu gründen. Am Tag X folgten 7000 dem Streikaufruf der Initiative „Schüler gegen den Golfkrieg“. Vertreter der Juso-Schülergruppe erklärten, daß der Krieg darnun gehe die Vorherrschaft der USA im Nahen Osten und die Kontrolle über die Ölpreise zu behalten. Bei einer weiteren Großdemo am Abend rief der DGB-Vorsitzende Willi Jentgens die Bundesregierung zu friedlicher und fairer Zusammenarbeit auf. Aber wie die „Aachener Nachrichten“ berichten: „Schärfere Töne schlug Mirjam Albert von der Juso-Schülergruppe an. Mit einer Geste des Bedauerns durch den Bundestag sei es nicht getan, Millionen gehören jetzt auf die Straße, um den Krieg zu stoppen. Unter Beifall rief sie zum Generalkrieg auf: „Alles muß stillstehen! Kritik übe die junge Frau auch an der SPD und den Gewerkschaften, die es unterlassen hätten, die Massen zu mobilisieren.“

Kampffonds Spendet für die Anti-Kriegskasse

Die Kassen der Kriegstreiber sind voll daran gibt es keinen Zweifel. Die US-Regierung verpulvert bereits vor dem Kriegsausbruch eine Milliarde Dollar pro Tag für den Aufmarsch am Golf, jetzt das Doppelte. Die britischen Truppen verschossen täglich mehr Munition als in den letzten 45 Jahren insgesamt. Auch die BRD drückte an die NATO 3,3 Mrd. DM ab. Die lachenden Dritten sind die Öhrnulis wie Texaco und Exxon, die 1990 Zusatzgewinne von 1,1 Mrd. DM bzw. 390 Mio. DM einlassierten.

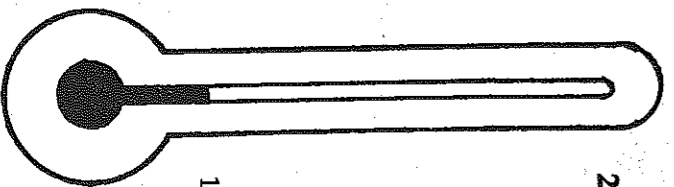
Um den Kampf gegen diesen Krieg aufnehmen zu können, müssen auch wir unsere Kassen füllen! Es ist dringend notwendig. Aufklärungsarbeit vom Klassenstandpunkt der internationalen Arbeiterbewegung aus zu leisten und sozialistisches Material zu drucken, das ein Programm gegen den Krieg anbietet. Gerade VORAN muß eine wichtige Rolle als Bindeglied zwischen der Anti-Kriegsbewegung und der SPD-Linken spielen. Wir müssen den Druck der Straße in die Partei tragen.

Ziel
bis Ende
Februar

20.000,-

Das Interesse an marxistischen Ideen ist in den letzten Tagen sprunghaft angestiegen, wie die Erfahrungen aus vielen Städten zeigen. So verkauften am 12.1.91 Kölner Voran-Unterstützer 143 Zeitungen mit einem Überschuss für den Kampffonds von 112,70 DM sowie Buttons für 430,60 DM, Wiesbadener Unterstützer Broschüren für 43,- DM und Stuttgarter Genoss(inn)en Buttons mit einem Erlös von 500,- DM.

Aus Müllheim schrieb uns Sigi Buttenmüller: „In Freiburg gibt es z.Zt. täglich Demonstrationen und Veranstaltungen gegen einen Krieg am Golf... Geestern gab es eine Podiumsdiskussion mit ca. 400 Zuschauern (mehr Kassen nicht rein), an der wir uns mit einem kleinem Infostisch beteiligten. Wir sammelten dort 40 Unterschriften für unsere Resolution und außerdem gut 50 DM durch Materialverkauf und Spenden. Eine ÖTV-Kollegin nahm gleich mehrere Zeitungen mit, um sie für uns bei einer ÖTV-Aktion an der



1.835,-

Spendenkonto:
VORAN, Postgrianoant Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

Bundeswehr Miese Stimmung beim Bund

Seit sechs Monaten bin ich als Wehrpflichtiger beim Bund. In dieser Zeit konnte ich merkwürdige Veränderungen in der offiziellen Linie der Bundeswehr feststellen.

Noch im Juli 1990 zeigte sich bei den Militärs eine Verunsicherung: Mangels Feindbild umgingen sie möglichst alle Diskussionen nach Sinn und Zweck der Bundeswehr. Seit August ist es nun da, das neue, ideale, well exotisch und mit vielen Giftgas- und Fanatismushorizonten gespickte Feindbild. Es ging schnell unter dem Oberbegriff Nord-Süd-Konflikt in das Stannvokabular eines jeden Offiziers ein. Besonders böse Araber müssen seitdem bei vielen Diskussionen als Argumente dafür herhalten, wieso nicht weiter abgerüstet und der Wehrdienst nicht weiter verkürzt wird. Eine Umwandlung von Kasernen in Wohnungen sei in Anbetracht der „neuen, immensen Aufgaben der Bundeswehr für den Weltfrieden“ natürlich vollkommen unmöglich.

Wer die Bundeswehr kennt, weiß, daß viele Firmen am Bund verdienen. Von Abus (Schiffsanrührungen für Waffenkisten usw.) bis Zenits (Marine-laden für Kampffreipflegung) schneiden sich hunderte von Unternehmen ihr Stück vom Militärf Kuchen ab. Beson-

ders freuen sich die Rüstungsbetriebe, die ohnehin schon an der Aufrüstung der 3. Welt genug verdienen. Die Wirtschaftsbonzonen werden nicht die Lasten des Krieges tragen. Bezahlen wird die Masse der Arbeitenden, auch wenn die Kriegstreibern als Umweltabgaben getarnt werden.

Keine Lust auf Krieg

In vielen Diskussionen konnte ich mir ein Bild von dem Grad der Kriegsbegisterung unter den Soldaten machen. Bisher habe ich noch keinen getroffen, der freiwillig in den Nahen Osten gehen würde. Jeder hat irgendein begriffen, daß es dort nur um Öl und Macht geht. Die Bereitschaft zur Verweigerung im konkreten Kriegsfall beweist sich als hoch.

Auch in den Reihen der Berufssoldaten mangelt es an Bereitschaft zu kämpfen. „Man hat ja Familie“ ist das meistgehörte Argument. Selbst in den offiziellen Diskussionen macht sich kein Offizier die Mühe, großartig einen Einsatz im Golf zu befürworten. Faden-scheinige Gründe, wie „Dänemark importiert 40% des Öls aus dem Golf“ und „wir haben eine moralische Verpflichtung, weil die Iraker unsere Waffen haben“ bewirken bei den Zuhörern nur



ein müdes Lächeln. Verstärkt trainiert die Bundeswehr in letzter Zeit den Kampf unter ABC-Bedrohung (atomar, biologisch, chemisch). Praktisch heißt das, daß wir an manchen Tagen stets mit giftbereiteter Gasmaske herumlaufen und diese bei entsprechendem Signal sofort aufzusetzen haben. 15 Sekunden hat man dafür Zeit, sonst ist man „tot“. Der obligatorische Besuch einer Gaskammer zur Dichtkeitsüberprüfung der Maske ist Pflicht und es wird peinlichst darauf geachtet, daß jeder daran teilnimmt.

Kriegsvorbereitungen

Der mögliche Einsatz von deutschen Truppen am Golf schürte die Unzufriedenheit innerhalb der Bundeswehr. Schlechte Wohn- und Arbeitsbedingungen in den Kasernen, die häufig nicht heimatnahe Stationierung und Versetzungen, die mangelnde soziale Absicherung und die lange Arbeitszeit sowie letztendlich die miese Bezahlung vergrößern den Frust innerhalb der Truppe.

Die SPD hat versäumt, ein klares Nein zu deutschen Truppen in Krisengebieten auszusprechen. Wieso setzt sie sich nicht genug für die Soldaten ein? Es ist unsere Aufgabe, Partei und Gewerkschaft auf einen klaren Anti-Kriegskurs zu bringen.
Lars, Wehrpflichtiger bei der Bundeswehr

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Gebühr bezahlt Postamt Köln 1
Postvertriebsstück G 10321 E

Nr. 127 - 20. Januar 1987

Bahn auf dem

Abstellgleis

68.000 der insgesamt 250.000 Arbeiter der Deutschen Reichsbahn (DR) sollen entlassen werden. Mit dieser Maßnahme steht fest, welche Pläne die Kohl-Regierung mit der Deutschen Reichsbahn (DR) verfolgt. Damit zeichnet sich eine verkehrspolitische Zukunft ab, die sowohl für die Umwelt als auch aus volkswirtschaftlicher Sicht katastrophal ist.

Daß Heinz Dürr als bisheriger AEG Vorstandsvorsitzender zum Chef der Deutschen Bundesbahn (DB) berufen wurde, ist die Krönung. Der Chef einer der Hauptlieferanten der DB wird Chef der Auftragsfirma. Wie Dürr auf der letzten AEG-Bilanzpressekonferenz im Mai 1980 feststellte: „Die Bahn steht ... am Anfang einer Blütezeit und wir (AEG) werden daran teilhaben.“

Heinz Dürr wurde 1980 Chef der konkurrierenden AEG. Er baute gradelos die Belegschaft ab und verschob die AEG 1986 an Daimler Benz und Deutsche Bank. Ein Mann aus dem Autopertium Daimler wird Chef beim konkurrierenden Verkehrsträger - Bahn.

Abbau bei der Reichsbahn

Während die Vereinigungswelle rollt, sollen DB und DR vorerst aus Abstellgleis, Dürrs neues Verkehrskonzept sieht vor, aus der ex-DDR ebenfalls ein Autoland zu machen. Dabei ist gerade in diesem Bereich mit einem vernünftigen Konzept umweltfreundliche Verkehrspolitik machbar. So wurden in der DDR z.B. 1989 noch 80% der Güter mit der Bahn transportiert (BRD: 22%).

Gebiet der Ex-DDR über einen riesigen Landbesitz dessen Wert durch die beginnende Bodenspekulation enorm angestiegen ist. Das Schienennetz der DR ist fast genauso groß wie das der DB. Während DB und DR vereinigt, könnte mit dem Verkauf eines Teils dieses Bodenschatzes die Bundesbahnschulden erlösen. Die umweltfreundliche Bahn könnte konkurrenzfähig und billig werden. Dies ist aber nicht im Interesse des BRD-Kapitals und darf demzufolge nicht pas-



Demonstration der Eisenbahner 1987 in Bonn: Gewerkschaftsführung muß für den Vorrang der Bahn kämpfen.

Dafür kämpft VORAN

- Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung der Großverdiener).
- Ein massives staatliches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbau, des öffentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Umweltschutzmaßnahmen.
- Arbeit für alle. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
- Statt Aha und Sozialhilfe im Westen und Billiglöhne im Osten: Garantiertes Mindesteinkommen (einschließlich Renten) von 1500 DM netto für alle ab 18 Jahre.

- Ersatzlose Streichung des §218; kostenlose Familienplanung; hundertprozentige qualifizierte Versorgung mit staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Kinder zum Nulltarif.
- Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in Deutschland lebenden Menschen ab 16 Jahren. Hände weg vom Asylrecht.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. garantierten Ersatzarbeitsplätzen für die Beschäftigten.
- Keine Privatisierung staatlicher Betriebe in Ost und West; Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen im Westen; Demokratische Verwaltung der staatlichen Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. 1/3 Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staate), die nicht

mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

- Statt kapitalistischer Verschwendung und bürokratischer Mißwirtschaft: für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.
- Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.
- Die SPD muß die arbeitende Bevölkerung für ein solches Programm mobilisieren.
- Ein sozialistisches Deutschland wäre ein erster Schritt zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten.

sieren.
Ein wichtiger Teil des Landbesitzes der DR dürfte jetzt von der Treuhänder verkauft werden und der Erlös in Bonner Kassen, möglicherweise in den Autobahnbau, fließen.

Streik

Diese bahn- und umweltfeindliche Politik stößt auf Unmut bei Beschäftigten. In der Urabstimmung unter den GdED-Mitgliedern am 23./24.11.1980 stimmten 97% der Gewerkschafter für einen Streik. Die Kollegen forderten die Übernahme des Rationalisierungs- und Kündigungsschutzabkommens wie bei der DB und eine Anhebung der Löhne und Gehälter auf 50% des Westniveaus.

Im darauffolgenden Streik sammelten die Kollegen erste Erfahrungen. Die Stärke ihrer gemeinsamen Kraft wurde ihnen bewußt. Aber sie mußten auch lernen, wie wichtig die Öffentlichkeitsarbeit ist, wie notwendig es ist, z.B. den Fahrgästen die Hintergründe ihres Streiks zu erklären und so um Solidarität zu werben.

Negative Erfahrung machte man mit der Gewerkschaftsführung. Durch die ersten Streikauswirkungen wurden beide Verhandlungsseiten ausgedreckt. Wegen der Schlüsselposition der Bahn für die Industrie als Zulieferer von Arbeitsmaterial und Material hätte der Streik schnell auch andere Wirtschaftszweige betroffen. Die GdED-Führung, auf sozialpartnerschaftliche Tarifpolitik bedacht, befürchtete, daß ihnen die Streik-

bewegung aus den Händen gleitet wurde schnell ein Kompromiß geschlossen, welcher einen langfristigen Abbau von Arbeitsplätzen und die Privatisierung von Teilbereichen vorsieht.

Für umweltfreundliche Verkehrspolitik

Um die Wogen der Empörung gegen die GdED-Führung erste Woche später über diesen miserablen Vertrag abstimmen. Aus Wut darüber streikten die DR-Arbeiter in Sachteilweise weiter. Bei der Abstimmung stimmten nicht einmal 50% dem I. Vertrag zu. Die Gewerkschaftsleiter sieht aber vor, daß nur 25% der Stimmberechtigten, um einen Tarifvertrag anzunehmen. Für einen Streik muß jedoch mindestens 75% erreichen.

Unter diesen Voraussetzungen dem jetzt abgeschlossenen Tarifvertrag scheint das Schicksal für die Bahnverkehrsträger besiegelt. Die Chance für eine neue Verkehrspolitik wurde Interesse der Konzernprofite geopfert. Dabei ist gerade zu diesem Zeitpunkt eine Änderung in der Verkehrspolitik Voraussetzung für den Erhalt der Welt. An neuen Konzepten, Ideen, Technologien fehlt es nicht. Was fehlt ist eine kämpferische Politik von GdED und SPD für den unbedingten Vorrang der Bahn vor dem Individualverkehr, die sich nicht den Zwängen eines Profitsystems unterordnet.

Berno Bosmann, Kassel
Jungsozialist

Pflegenotstand „Werden Sie bloß nicht krank!“

Die Gesundheitspolitik der Ära Kohl hat es geschafft, den Pflegedienst zu Grunde zu richten. Die Blütsche Gesundheitsreform wird immer noch als Erfolg verkauft. Pharmaindustrie und Chefärzte mögen diesen „Erfolg“ teilen, wir Beschäftigten in der Pflege allerdings nicht - wir haben die Nase gestrichen voll.

In der täglichen Praxis ist das Pflegepersonal nicht mehr in der Lage, die Patienten so zu betreuen, daß sie nicht gefährdet sind. In jedem Jahr sterben 13.000 Menschen in deutschen Kliniken durch Unfälle, die nicht an ihrem Leiden bei Einlieferung lagen. Sie sterben auch, weil durch Personalmangel die Pflege auf Funktionserhaltung reduziert ist. Die Patienten werden aufbewahrt, von einer individuellen Pflege kann schon seit geraumer Zeit keine Rede mehr sein.

In der BRD stehen durchschnittlich für 10.000 Einwohner 46 Pflegekräfte zur Verfügung. Im internationalen Vergleich stehen wir damit im Gegensatz zu den Rüstungsexportern ganz weit hinten. An manchen Tagen wird z.B. eine 30-Betten-Station von einer externen 30-Betten-Station und einem Azubi betreut, die in ihrer Ausbildung regelrecht verheert werden und zu Arbeiten herangezogen werden, deren Tragweite sie nicht überschauen können. Wenn im Nachtdienst eine solche Station dann nur von einer Schwester „bewacht“ wird, lauert eine große Gefahr. Was geschieht, wenn z.B. zwei Patienten gleichzeitig dringend Hilfe benötigen? Fehler in der Behandlung können nicht ausbleiben. Bei Prozessen wegen Folgeschäden können Kollegen zur Re-

chenschaft gezogen werden und müssen sich vor Gericht verantworten! Gerade nach der Ziviliensterven wurden die Mißstände in Betrieben wie der Schwerebehindertenreueung deutlich, die man in den letzten Jahren erfolglos durch die „Zivis“ zu vertuschen versuchte. (Nicht-Versuch: „soziales Jahr“ für Frau Dissen Menschen, die Dank eines Zivildienstes in ihrer gewohnten Umgebung bleiben und am öffentlichen Leben teilnehmen konnten, droht jetzt die schließung in ein Alten- oder Pflegeheim. Dort erwartet sie wegen Personal- und Pflegeangel (20-30% der krankheitsbedingte Ausfallquote durch physischen und psychischen Stress) Dahingegeraten.

In dieser Situation darf es nicht wundern, daß immer mehr Kollegen aus dem Beruf aussteigen. „Ich bin eine gute Schwester/Pflege, deshalb gehen ich, ich kann unter solchen Bedingungen die Verantwortung für die Pflege nicht mehr übernehmen!“

Diese Situation muß durch SPD ÖTV in der Bevölkerung ganz klar gezeigt werden. Die Mobilisierung der Betrieben muß mit Nachdruck angetrieben werden, denn einige Kollegen haben die Zeichen der Zeit bei den erkrankten, denen die Zeit bei den erkrankten immer noch nicht kann. Der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung ist ein Kampf für die Menschen, die es nicht wehren können, die Kranken und Behinderten. Wir können uns wehren. Deshalb müssen wir kämpfen.

Michael Eisenberg, Kassel
Krankenschwester, Juso und ÖTV-Mitglied

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name _____
 Anschrift _____
 Telefon _____
Bitte einschicken an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504

Ich möchte

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
VORAN weiterverkaufen und bestelle _____ Exemplare
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
ein VORAN-Förderabo zu DM _____ beziehen (ab 20 DM)



Name, Anschrift, Telefon _____
Bitte einschicken an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Postcheckamt Essen, Bankleitzahl 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59 430